

Sonntagsumfrage Infratest:

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Unionsparteien weiter im Aufwind

Die neusten Umfrageergebnisse aller Meinungsumfrageinstitute zeichnen einen eindeutigen Trend: die Union baut ihren Vorsprung gegenüber Rot/Grün aus bzw. stabilisiert sich auf hohem Niveau. Auf der anderen Seite hält der Negativtrend für die Regierungsparteien weiter an.

Nach der Mai-Umfrage von Infratest Dimap ist nur noch ein Viertel der Deutschen mit den Leistungen der Bundesregierung zufrieden.

Immer mehr Bundesbürger sehen die CDU/CSU und FDP in der aussichtsreicheren Position. Jeder zweite ist der Ansicht, dass CDU/CSU und FDP als Sieger aus der nächsten Bundestagswahl hervorgehen könnten. Nur noch ein Drittel erwartet den erneuten Wahlsieg der rot-grünen Regierung. Besonders interessant ist dabei das Meinungsbild innerhalb der Anhängerschaften der Parteien: So ist es der Union gelungen *siehe Seite 2*

INHALT

WAHLKAMPF:

„Hohe Arbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland“, Rede von Unionskandidat Edmund Stoiber auf dem DGB-Bundeskongress

SEITE 4-6

DOKUMENTATION

Zahlen und Fakten zur Anzeigenkampagne der SPD – eine Analyse der Bundesgeschäftsstelle

INNENTEIL

■ Unionsparteien weiter im Aufwind (Seite 1-2) ■ Edmund Stoiber ist der bessere Kanzler (Seite 3) ■ Die CDU ist und bleibt eine Volkspartei. Bericht vom Parteienabend beim DGB (Seite 5) ■ Bremer CDU: Bernd Neumann mit Rekordergebnis zum Landesvorsitzenden gewählt (Seite 7-8) ■ Berliner CDU: Christoph Stözl ist neuer Landeschef (Seite 9) ■ Herren der Unmoral – ein Gastbeitrag von Michael Rutz, Chefredakteur des Rheinischen Merkur (Seite 10-12) ■ Steuerreform Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Bericht von der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz (Seite 12) ■ Laurenz Meyer: Einseitigkeit würde dem DGB schaden (Seite 13) ■ Eigentor für Künast (Seite 14) ■ Rieker täuscht das Volk (Seite 14-15) ■ Scharping leidet unter Realitätsverlust (Seite 16) ■ Internet: Kostenlose Homepage für alle Verbände (Seite 18-19)

IMPRESSUM



Fortsetzung

ist, ihre Mitglieder zu mobilisieren und geschlossen hinter Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber und CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel zu versammeln. Ein ganz anderes Bild zeigt sich im Lager von Rot-Grün: So erwartet jeder vierte SPD-Anhänger und sogar jeder dritte Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen am 22. September einen Wahlsieg von CDU/CSU und FDP.

Wären heute Bundestagswahlen, so käme die CDU/CSU nach der neuesten Umfrage von Infratest dimap auf 41 % und die SPD auf 32 %. Die Union würde damit ihren Vorsprung auf 9 %punkte ausbauen. Für die SPD ist dies in den Umfragen von Infratest dimap das schlechteste Ergebnis seit Dezember 1999. Drittstärkste Partei ist die FDP mit einem Stimmenanteil von 11 %. Nach diesen Ergebnissen erhielt die rot-grüne Koalition mit 39 % keine regierungsfähige Mehrheit mehr, während CDU/CSU und FDP mit 52 % eine absolute Mehrheit aufwiesen und so-

mit über eine komfortable Mehrheit der Sitze im Bundestag verfügen würden.

Die Entwicklungen verlaufen in den alten und den neuen Bundesländern in die gleiche Richtung. Die Unionsparteien in den alten Bundesländern könnten mit 43 % (+3 %punkte) und in den neuen Bundesländern mit 35 % (+2 %punkte) der Wählerstimmen rechnen. Die SPD verliert in West wie in Ost 2 %punkte und käme auf 34 bzw. 27 %.

Fast alle zentralen Indikatoren haben im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Richtung im Vergleich zu 1998 geändert. In den wesentlichen Fragestellungen liegt die Union jetzt wieder vor der SPD. Sie wird besser beurteilt als die Regierung. Man glaubt, dass sie die Wahl gewinnen wird und ihr wird in den wichtigen Themen die Kompetenz vor der SPD zugesprochen. Insbesondere bei der Arbeitsmarktpolitik hat sie der SPD die Kompetenzführerschaft abgenommen. Zudem ist die bürgerliche Koalition das derzeit bevorzugte Modell.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

UMFRAGEWERTE

Edmund Stoiber ist der **bessere** Kanzler

Den Wählerinnen und Wählern den echten, authentischen Stoiber vermitteln - das war das Ziel,

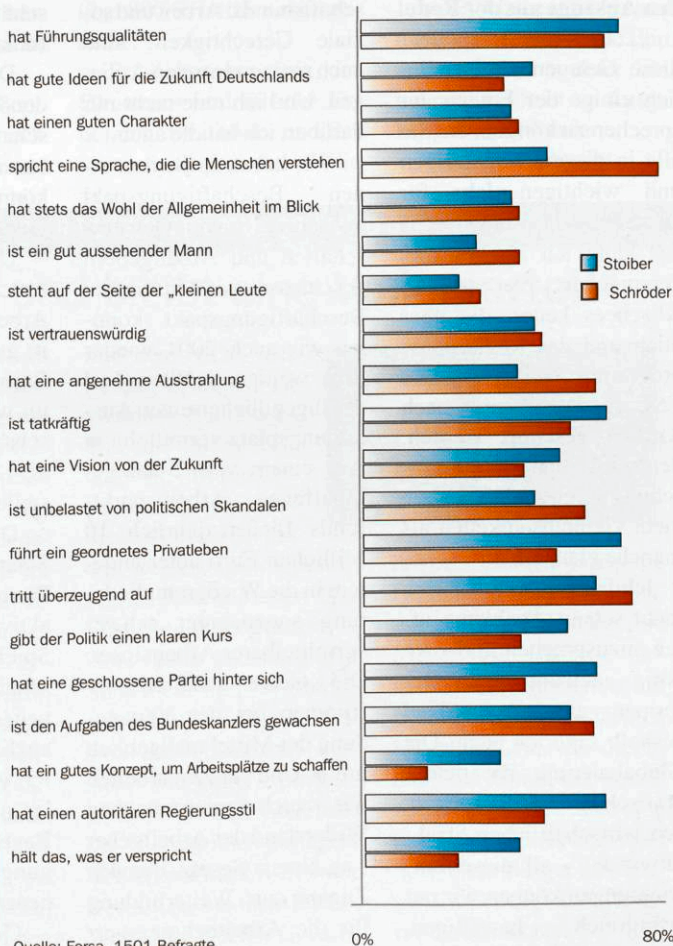
als Michael Spreg als Michael Spreg der Öffentlichkeit als Medienberater von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die sich permanent verbessernden Persönlichkeitswerte von Edmund Stoiber in den Umfragen zeigen, dass mit „Kantig-echter-erfolgreich“ die richtige Kommunikationsstrategie gewählt wurde. „Die Wähler verstehen immer mehr, dass es Edmund Stoiber ehrlich mit ihnen meint,“ ist sich Michael Spreg sicher. Nach den neuesten Umfrageergebnissen verliert nicht nur die sozialdemokratische Partei an Boden. Gleichzeitig ist das Vertrauen in die Kompetenz des Kanzlers gleich-

bleibend gering. Die neuesten Umfragezahlen zeigen deutlich, dass die SPD auf den Kanzlerbonus von Ger-

hard Schröder, von der sich die Partei einen Aufwärtssog versprochen hatte, nicht vertrauen kann.

Wer hat welche Eigenschaften?



Hohe Arbeitslosigkeit ist größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland

Beim diesjährigen DGB-Bundeskongress kam Unionskanzlerkandidat die Ehre zuteil, die Abschlussrede zu halten. Im folgenden Auszüge aus der Rede.

„...Ich freue mich über diese Gelegenheit, persönlich einige der Fragen ansprechen zu können, die Sie alle in diesem schwierigen und wichtigen Jahr für Deutschland bedrängen. Eines kann ich Ihnen dabei versprechen: Wer nur die Klischees kennt, die über mich und das Regierungsprogramm von CDU und CSU im Wahlkampf nach Kräften geschürt werden, der wird manche Überraschung erleben. Wir haben mehr Gemeinsamkeiten als manche glauben.

Ich bin jemand, der sich nicht scheut, Probleme offen anzusprechen und - wo nötig - auch unbequeme Reformen anzugehen. Und deshalb sage ich auch: Die Globalisierung, die demografischen Veränderungen, den wirtschaftlichen Strukturwandel - all diese Entwicklungen können wir nur erfolgreich bewältigen, wenn wir ihnen offensiv be-

gegnen, Verkrustungen aufbrechen und neue Leistungskraft frei setzen. (...)

Die zentralen Anliegen des Deutschen Gewerkschaftsbunds: Arbeit und soziale Gerechtigkeit, sind auch meine zentralen Anliegen. Und ich rede nicht nur darüber, ich handle auch.

Wir haben in Bayern einen Beschäftigungspakt zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern geschlossen. ■ Mit diesem Beschäftigungspakt konnten wir auch 2001 wieder dem weitaus größten Teil der Jugendlichen einen Ausbildungsplatz vermitteln. ■ Aus einem vom Staat geschaffenen Arbeitsmarktfonds fließen jährlich 10 Millionen Euro unter anderem in die Wiedereingliederung sogenannter schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Die Gewerkschaften bestimmen bei der Verwendung der Mittel maßgeblich mit. ■ Und zur Zeit arbeiten wir - auch gegen manchen Widerstand der Arbeitgeber - an einem Gesetz, das den Zugang zur Weiterbildung für die Arbeitnehmer verbessern wird. (...)

Der Pakt hat seit 1996 rund 100.000 Arbeitsplätze neu geschaffen und rund 300.000 gefährdete Arbeitsplätze gesichert. (...) Der Beschäftigungspakt Bayern funktioniert!

Das hat einen entscheidenden Grund: Die Gewerkschaften und die Arbeitgeber in Bayern wissen: Sie können sich auf die Staatsregierung verlassen. (...)

Und genau das ist der Unterschied zum Bündnis für Arbeit auf Bundesebene. Es ist gescheitert, weil sich der Beitrag des Bundeskanzlers im wesentlichen darauf beschränkt hat, sich als Moderator zur Verfügung zu stellen.

Das reicht aber nicht! Der Staat muss sich als echter Partner verstehen, der selbst aktiv handelt und neue Spielräume für Konsens schafft! So stelle ich mir ein neues Bündnis für Arbeit auch auf Bundesebene vor. Ich werde als Bundeskanzler nach dem Vorbild des Bayerischen Beschäftigungspakts ein solches neues Bündnis schließen!

Gerhard Schröder hat das Bündnis für Arbeit einst als

„Kernstück seines Regierungshandelns“ bezeichnet und hohe Erwartungen geweckt. (...) Ein weitere zentrale Erwartung der Gewerkschaften an diese Bundesregierung war: „Mehr soziale Gerechtigkeit“.

Heute beklagen 83 % der Deutschen einen Verlust an sozialer Gerechtigkeit in Deutschland. In den Reihen der Gewerkschaften sieht man das genauso. (...)

Rot-Grün hat eine Rentenreform gemacht, die nach dem Prinzip funktioniert:

hohe Förderung für hohe Einkommen und niedrige Förderung für niedrige Einkommen. So bekommt zum Beispiel eine alleinstehende Verkäuferin mit 15.000 € Jahreseinkommen eine Förderung von 154 €, ihr Chef mit einem Einkommen von 50.000 € bekommt zusammen mit dem Steuervorteil über 800 €. Ist das sozial gerecht?

Rot-Grün hat mit der Ökosteuer und mit der Erhöhung der Tabak- und der Versicherungssteuer die

Verbraucher belastet und auch die Inflation angeheizt. Beides trifft gerade die kleinen Einkommen. Ist das sozial gerecht?

Gerade auch die Steuerreform hat eine soziale Schiefelage. Im Jahr 2000 haben die Kapitalgesellschaften noch 23 Milliarden Euro Körperschaftssteuer abgeführt. Im Jahr 2001 haben die Finanzminister 400 Millionen Euro ausbezahlt. Aus einer Einnahmenquelle ist ein Ausgabenposten geworden.

Körperschaftssteuer

PARTEIENABEND BEIM DGB

„CDU ist und bleibt eine Volkspartei!“

In guter alter Tradition fand auch bei dem diesjährigen DGB-Kongress ein Parteienabend statt.

Auf einer Dachterrasse über den Dächern von Berlin waren sich CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und der CDA-Bundesvorsitzende Hermann-Josef Arentz einig: Früher gehörte eine Menge Mut dazu, sich als Unionsmitglied auf Gewerkschaftskongressen blicken zu lassen. Der zunehmende Zuspruch aber, den die Union aus dem Lager der Arbeitnehmer erhält, sei ein Beweis dafür, dass der CDU zusammen

mit dem CDA der Spagat gelungen ist zwischen Unionspolitik und Arbeiterinteressen. Besondere Bedeutung hätte aus diesem Grund für ihn

das Regierungsprogramm, sagte Laurenz Meyer. Das Regierungsprogramm 2002-2006 „Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten“ zeige deutlich, dass die CDU sich als Volkspartei versteht. Die guten Umfragergebnisse für die CDU innerhalb des Arbeitnehmerlagers stellten eindrucksvoll unter Beweis, dass es nicht reiche Werte wie „Soziale Gerech-



tigkeit“ einfach wie eine Fahne vor sich herzutragen, wie es die SPD pflege, so Meyer. Für „Soziale Gerechtigkeit“ müsse man mit politischen Konzepten kämpfen. Und von diesen habe die Union die besseren. Davon werde die Union bis zur Bundestagswahl noch mehr Bürger überzeugen, ist sich der CDU-Generalsekretär sicher.

errückzahlungen auf der einen Seite, auf der anderen Seite: ■ Streichung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende, ■ Halbierung des Sparerfreibetrags für Arbeitnehmer, ■ Erhöhung der Besteuerung von Abfindungen beim Verlust des Arbeitsplatzes - das hält die ganz große Mehrheit der Menschen in Deutschland für nicht gerecht! (...)

Die größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland ist die hohe Arbeitslosigkeit - mit allen negativen Folgen. Arbeitslosigkeit bedeutet bei weitem nicht nur finanzielle Einschränkung. Noch schlimmer ist der Verlust an Selbstbewusstsein, an Hoffnung, an Lebensperspektive.

Mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen ist daher die zentrale Herausforderung für die Politik! Umso schlimmer ist es, dass wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren praktisch nicht vorangekommen sind. ■ Deutschland ist Schlusslicht beim Beschäftigungsaufbau in Europa. ■ Deutschland hat die meisten Unternehmenspleiten in Europa. ■ Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Wer wirtschaftlich absteigt, steigt auch sozial ab! (...)

Wohlstand und soziale Sicherheit müssen erwirtschaftet werden. Ohne mehr Wachstum werden wir keine der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen. (...)

Wer mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze will, der muss die Arbeitnehmer bei Steuern und Sozialversicherungsabgaben entlasten. (...) Die Abgabenlast ist aber unter Rot-Grün trotz Steuerreform nicht gesunken, sondern gestiegen.

Wer mehr Arbeitsplätze schaffen will, muss den Mittelstand entlasten, nicht nur die Kapitalgesellschaften. Es ist vor allem der Mittelstand, der neue Arbeitsplätze schafft. Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss Einstellungen erleichtern. Wir alle wissen: Wenn Unternehmen nicht Überstunden ausweiten, sondern Neueinstellungen vornehmen sollen, dann brauchen sie mehr Flexibilität.

Mir gehen aber die Einschnitte, die die Wirtschaft im Arbeits- und Tarifrecht fordert, in vielen Punkten entschieden zu weit. Arbeitnehmer und ihre Familien brauchen Sicherheit. Wir wollen in Deutschland keine amerikanischen Verhältnisse. ■ Deswegen bleibt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. ■ Deswe-

gen bleibt der Kündigungsschutz.

Wer etwas anderes behauptet, hat unser Programm nicht gelesen! (...)

Auch bei der Mitbestimmung sind wir nicht so weit auseinander, wie oft dargestellt. Ich halte die Arbeit einer viertel Million Personal- und Betriebsräte in Deutschland für unverzichtbar! Was dort Tag für Tag geleistet wird - für die Rechte der Beschäftigten, für den innerbetrieblichen Frieden, für die Rettung von Arbeitsplätzen - verdient höchste Anerkennung und Respekt. (...)

Der Union geht es doch nicht um den Abbau von sozialer Sicherheit oder von Teilhaberechten. Worum es uns geht, ist, wieder mehr von dem zu schaffen, woran man teilhaben kann, nämlich wachsenden Wohlstand, wachsende Beschäftigung und solide finanzierte soziale Sicherungssysteme. (...)

Das ist mein Angebot - an Sie als Gewerkschafter und an alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland: Erneuerung unseres Landes in sozialer Verantwortung und im gesellschaftlichen Konsens.

[http://](http://www.stoiber.de)

Die Rede im Volltext
finden Sie auf:
www.stoiber.de

BREMER CDU

Bernd Neumann mit **Rekordergebnis** Zum neuen Landesvorsitzenden gewählt

Bernd Neumann, der mit Abstand dienstälteste Landesvorsitzende der CDU Deutschlands, wird weiterhin die Bremer CDU führen.

Mit 95,7 Prozent – seinem bisher besten Ergebnis in 23 Jahren – wurde der Bremer CDU-Chef eindrucksvoll im Amt bestätigt. Finanzsenator Hartmut Perschau, Staatsrätin Elisabeth Motschmann und der Bremerhavener Bürgerschafts-abgeordnete Michael Teiser wurden als Stellvertreter von Bernd Neumann ebenfalls mit hervorragenden Ergebnissen wiedergewählt.

Zwei CDU-Siege möglich

Auf Ihrem 97. Landesteiltag präsentierte sich die Bremer CDU entschlossen und geschlossen. Mit deutlicher Wiederwahl der gesamten Führungsspitze, einer überdurchschnittlichen Repräsentanz von Frauen im Landesvorstand und engagierten Reden eröffnete die Bremer CDU den Wahlkampf für die Bun-



destagswahl im September 2002 und die Bürgerschaftswahl im Mai 2003 in Bremen und Bremerhaven.

In seiner Grundsatzrede zeigte sich Bernd Neumann überzeugt davon, dass die CDU alle Chancen habe, beide Wahlen zu gewinnen: „Die Bremer CDU befindet sich in bester Verfassung. Wir sind geschlossen, wir sind aktiv, wir sind personell gut ausgestattet. Wenn wir kämpfen, haben wir alle Chancen, zweimal zu gewinnen: In Berlin die Übernahme der Bundesregierung durch Ablösung von Rot-Grün und im Lande Bremen die Fortsetzung unserer Regierungsbeteiligung im Senat durch ein starkes CDU-Ergebnis. Eine solch optimi-

stische Perspektive hatten wir lange nicht mehr!“ Die Bilanz der Bundesregierung unter Schröder sei eine Katastrophe, weil offensichtlich ist, daß alle früheren Wahlversprechen der rot-grünen Koalition nicht gehalten werden. Deshalb wolle die Mehrheit der Wähler am 22. September den Wechsel.

Aufbruchstimmung statt Lethargie

Nach sieben Jahren Regierungsmittelverantwortung der CDU in der Großen Koalition herrsche im kleinsten Bundesland „Aufbruchstimmung statt früher vorhandener Lethargie.“ Das

Image Bremens habe sich besonders im Außenverhältnis zum Positiven entwickelt. Die Gesundung der Wirtschaftsstruktur sei ebenso wie die Fortschritte in der Inneren Sicherheit unübersehbar. Deshalb sei eine Beendigung der Großen Koalition zugunsten von Rot-Grün oder einer SPD-Alleinregierung „fahrlässig, schädlich und existenzgefährdend für das Land Bremen“, so der Bremer CDU-Chef.

Senator und Bürgermeister Hartmut Perschau verwies darauf, dass sich Bremen u.a. beim Wirtschaftswachstum im Bundesvergleich überdurchschnittlich behauptet habe. Auch gebe es nun wieder ein Plus bei der Zuwanderung von Einwohnern. All dies wäre ohne die Mitwirkung der CDU im Senat nicht möglich gewesen.

Politikschwerpunkt

Neben den Wahlen lag der Schwerpunkt des Landesparteitages auf Anträgen zur Gesundheitspolitik und Weiterentwicklung des Bildungssystems in Bremen. Konsequenzen aus der PISA-Studie – das war die Überschrift zu dem bildungspolitischen Antrag. Darin wurde den Sozialdemokraten im kleinsten Bundesland angekreidet, dass sie die Bildungspolitik „ihrer jeweiligen Ideologie“ angepaßt hätten und „verantwortlich für den Niedergang der Schulen in Bremen und Bremerhaven“ seien. Die SPD habe immer der Gleichmacherei das Wort geredet. Es müsse Schluß gemacht werden mit dem „leistungsfeindlichen und nivellierenden Klima“ an den Schulen. In der Grundschule müßten die

Grundlagen für die Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt und die Schüler hingeführt werden zu „Anstrengung und Leistung“. Die Forderung von Sozialdemokraten, die eine Ganztagschule zur Regelschule machen wollten, lehnt die Bremer CDU ab. Schlechter Unterricht würde nicht dadurch besser, dass die Schüler sich zehn statt sechs Stunden in der Schule aufhielten. Leistungsvergleiche unter den Bundesländern seien dringlich.

Bei dem Antrag zur Gesundheitspolitik sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für die Stärkung der Eigenverantwortung und den kostenbewußten Umgang des Einzelnen aus mit dem Ziel, dass jeder – unabhängig von seinem Einkommen – bei Krankheit die optimale medizinische Versorgung erhält.

NIEDERSACHSEN

Friedbert Pflüger **führt** niedersächsische Landesliste an



Die niedersächsische CDU geht mit Friedbert Pflüger auf dem ersten Listenplatz in die Bundestagswahl. Auf Platz zwei und drei der Landesliste wählte der Parteitag in Hannover die Bundestagsabgeordneten Heinrich-Wilhelm Ronsöhr und die Internetsprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Martina Krogmann. Auf dem gleichen Parteitag wurde die Landesliste für die Landtagswahl aufgestellt. Platz eins nimmt der Fraktionschef im niedersächsischen Landtag Christian Wulff ein. Auf die Plätze zwei und drei wurden Landtagsvizepräsident Jürgen Gansäuer und Ursula von Leyen gewählt.

THÜRINGEN

Lothar Späth ist Spitzenkandidat der Thüringischen CDU



Auf der Landesvertreterversammlung in Erfurt wurde der Chef der Jenoptik AG, Lothar Späth, mit 96,5 Prozent der Stimmen auf Platz eins der Landesliste gewählt.

Nach der Berufung Lothar Späths in das

Unions-Kompetenzteam Kanzlerkandidat Edmund Stoiber hatte der CDU-Landesvorstand in Thüringen seinen ursprünglichen Listenvorschlag geändert und den 64-jährigen Späth für Platz eins vorgeschlagen. „Elf Jahre habe er sich zur Thüringer CDU bekannt, jetzt „tun wir gut daran, uns zu Lothar Späth zu bekennen“, betonte Bernhard Vogel. Der Thüringer Ministerpräsident nannte die Entscheidung Stoibers für Späth „einen guten, einen cleveren und einen faszinierenden Vorschlag.“ Der Schwabe Späth habe sein Meisterstück in Thüringen abgeliefert, sagte Vogel mit Blick auf die Erfolge Späths an der Spitze von Jenoptik.

Auf Platz zwei der Landesliste wurde Manfred Grund gewählt, der bei der Bundestagswahl 1998 den einzigen Direktwahlkreis für die CDU in Thüringen gewonnen hatte. Auf Platz drei der Landesliste setzten die Delegierten die frühere Bundesfamilienministerin Claudia Nolte.

BERLIN

Christoph Stölzl ist neuer Berliner Landeschef



Christoph Stölzl ist neuer Landesvorsitzender der Berliner CDU. Der 58-Jährige wurde auf einem Parteitag in der Hauptstadt mit 93,4 Prozent der 352 Delegierten gewählt.

Einen Gegenkandidaten hatte der frühere

Berliner Kultursenator und jetzige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses nicht.

Der promovierte Historiker forderte in seiner Parteitagrede die Partei zur Geschlossenheit auf und rief die Basis dazu auf, sich an einer „Werkbank der Ideen“ zu beteiligen. Die Situation dazu sei günstig. Die Sozialdemokraten haben sich „gefangen im Käfig der PDS“ verabschiedet aus dem geistigen Ringen um Berlin. Die CDU werde das Verstummen der SPD mit einer „Offensive der besten Köpfe des Landes“ beantworten. „Berlin war immer mit sich im Reinen, wenn es vorbildlich war“, sagte Stölzl und appellierte an „preußische Tugenden“. Nach der Rede erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen und klatschten minutenlang Beifall.

Der politische Seiteneinsteiger, der im April 2000 als Kultursenator in den Senat berufen wurde, tritt die Nachfolge von Eberhard Diepgen an, der im Februar nach 18 Jahren Amtszeit seinen Rücktritt erklärt hatte.

MICHAEL RUTZ, CHEFREDAKTEUR DES RHEINISCHEN MERKUR:

Herren der **Unmoral**

Ein Vergleich zwischen den Affären der CDU und der SPD wirft die Frage auf: Muss Generalsekretär Müntefering zurücktreten?

Handfeste Politskandale wie jener Spenden- und Korruptionsskandal, der sich zurzeit bei der SPD abspielt, rufen immer sogleich die Ästheten auf den Plan: Wie abscheulich, skandieren sie, die Republik ist weit heruntergekommen, das politische Personal moralisch verrottet.

Förderung des Unpolitischen

Nichts davon ist in diesem aktuellen SPD-Skandal falsch. Und doch entlarven sich die Rigorosesten der Sittenrichter meist als Zeitgenossen, denen die Politik in Wirklichkeit weidlich egal ist – „mit solchen Niederungen haben wir Ästheten nichts gemein, und wie gut tun wir daran, uns auch künftig abstinent zu halten!“

Skandale dieser Art tragen somit in sich die besondere Gefahr, das Unpolitische in der Republik zu fördern. Und der ganze politi-



sche Ästhetizismus legt am Ende, indem er politischen Karrieren den Stempel des Anrühigen aufdrückt, neue Grundlagen für jene Probleme, die er zu bekämpfen hofft. Aber selbst die Politischen im Lande, die die handfeste und gelegentlich verbal grobe Auseinandersetzung als Aufmerksamkeit heischendes Mittel einer streitbaren Demokratie durchaus schätzen, können derzeit nicht kalt bleiben bei der Frage nach dem politischen Stil.

Sie betrifft nicht so sehr die Existenz von Skandalen selbst. Davon hat es in der politischen Geschichte Hunderte und Tausende gegeben, überall, auch hierzulande. Immer wieder spielt die „natura corrupta“ hinein, von der Peter Glotz an dieser Stelle kürzlich schrieb – der eben unzulängliche Mensch, gefangen zwischen

seinem vielleicht willigen Geist und dem schwachen Fleisch. Millionen von DM-Mark haben sie eingesackt, die Korrupten der Bundesrepublik in der Geschichte der Nachkriegszeit, ellenlange Listen von Schuldigen und Beschuldigten auch in der Politik.

SPD: Politisch ethischer Fehlgriff ersten Ranges

Derlei kommt also vor. Das aber, was die SPD und insonderheit ihr Generalsekretär Müntefering gegenwärtig aufführen, ist ein politisch-ethischer Fehlgriff ersten Ranges. Über Monate hinweg, ja über Jahre, ist die SPD mit massiver Medienunterstützung über die Union hergefallen: Von Korruption und gekaufter Politik war die Rede, von absichtsvoll veruntreuten Aktenbergen, von einer Spendenpraxis, über die jeder Sozialdemokrat moralisch erhaben sei, von einer CDU/CSU, die im Einzelnen vermutlich bestechlich und im Allgemeinen politisch verantwortungslos sei, ein Nation und Demokratie gefährdendes

Verhalten, ein abgrundtiefer Staatsskandal. Die Medien wurden zur Meute, haben Politiker zur Strecke gebracht, darunter aus (vergleichsweise zu Münteferings Verhalten heute) nichtigem Anlass den damaligen CDU-Chef Wolfgang Schäuble.

Käufliche SPD-Politik

Als wahr stellt sich – am Ende eines langen Partei-spenden-Untersuchungsausschusses – nun, erstens, heraus: Helmut Kohl hat zwar gegen das Parteiengesetz verstoßen, dabei aber für sich keinerlei finanziellen Vorteil erzielt und zur Linderung des seiner Partei entstandenen Schadens sein Privatvermögen eingesetzt. Zweitens: Politik war weder bei Helmut Kohl selbst noch in Helmut Kohls CDU käuflich. Drittens: Viele der Kanzleramtsakten, einst als vernichtet gemeldet, tauchten zwischenzeitlich Stück um Stück wieder auf.

Wahr ist hingegen auch: Korrupte Politiker gab es reihenweise in der nordrhein-westfälischen SPD. Zweitens: Dort konnte man Politik kaufen. Drittens: Franz Müntefering hat vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss nicht die Wahrheit gesagt.

Müntefering vor Untersuchungsausschuss

Warum? Da gibt die NRW-SPD bei einem Wirtschaftsprüfer Aufklärung in Auftrag darüber, wer in der Partei möglicherweise fingierte Spendenquittungen angenommen (und folglich einen persönlichen Steuervorteil daraus gezogen) habe. Der Wirtschaftsprüfer liefert die – dringlich erwartete – Liste am 14. März dieses Jahres in der SPD-Zentrale ab, und alle wissen davon. Dennoch behauptet Müntefering am 21. März vor dem Untersuchungsausschuss: „Diese Liste kenne ich nicht. Ich kenne auch niemanden, der die Liste kennt.“

Da das offenkundig falsch ist, denn Müntefering kennt sowohl seinen Büroleiter als auch die SPD-Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier, die die Liste in Händen hatten (und hat wohl auch selbst auf die Liste geblickt), setzt anschließend Rabulistik ein: Zwar habe er, wird er später im Deutschlandfunk sagen, vom Vorhandensein der Liste „gewusst“, sie aber „nicht gekannt“. Und weil man diese Liste ja noch nicht mit allen möglichen anderen Listen endgültig verglichen habe,

habe Müntefering, sagt die SPD-Schatzmeisterin, „korrekt im Ausschuss erklärt, dass eine abgesicherte Spenderliste noch nicht vorliege“. So aber lautet Münteferings Einlassung, oben zitiert, nicht.

SPD verkauft Öffentlichkeit für dumm

Da will einer die politische Öffentlichkeit für dumm verkaufen. Wolfgang Schäuble ist zurückgetreten, weil er sich, nicht einmal absichtsvoll, in seinen Terminkalendern geirrt hatte. Müntefering ist noch im Amt. Wenn es noch substanziellen politischen Anstand bei der SPD gibt und den Willen, in der Politik gleiche Maßstäbe gelten zu lassen für politische Verantwortlichkeiten, wenn noch Respekt vorhanden ist vor den Institutionen, müsste er sofort seinen Hut nehmen. Stattdessen schießt sich die SPD-Spitze (weil der Kanzler unberührt bleiben will und mithin Müntefering nicht beschädigt werden darf, da also nicht sein kann, was nicht sein darf) auf die „Ungeschicklichkeiten“ von Frau Wettig-Danielmeier ein. Die hatte nichts als die Wahrheit gesagt. Ist es schon so weit, dass man

bei der SPD dafür politisch abgestraft wird?

SPD von moralischer Überheblichkeit eingeholt

Es ließe sich einwenden: Ist es in der Sache erheblich, ob Franz Müntefering die Liste am 14. oder am 21. März gekannt hat? Die Antwort: in der Sache – nein, das ist ebenso unerheblich wie Schäubles seinerzeitiger Rücktrittsgrund. Aber Müntefering wird jetzt von seiner

eigenen moralischen Überheblichkeit eingeholt, die er in der Attitüde des Anklägers gegen die CDU an den Tag gelegt hat, gemeinsam mit Leuten wie dem Ausschussvorsitzenden Neumann oder dem grünen Abgeordneten Ströbele – sie alle konnten ihre auf allen Medienkanälen gezeigte öffentliche Entrüstung gar nicht umfangreich genug inszenieren, als die CDU geringer strauchelte. Sie haben in diesem Fall die ganze Moral für sich beansprucht und dem politischen Gegenüber

nur die Unmoral gelassen. Das rächt sich jetzt.

Die Lehre: gemeinsam nachzudenken über Ethik in der „Politik als Beruf“, über gemeinsame Maßstäbe für persönliche und die abgeleitete politische Verantwortung, über die Grenzen der persönlichen Schmähung. Wenn der nächste Bundestag mit einer solchen Debatte, vor noch reinem Tisch, seine neue Legislaturperiode begänne: Das wäre nicht der schlechteste Anfang. (*Rheinischer Merkur Nr.16, 18. April*) **UD**

ANGELA MERKEL:

Steuerreform – Voraussetzung für Wirtschaftswachstum



Haupttagsordnungspunkt auf der diesjährigen Konferenz der CDU/CSU-

Fraktionsvorsitzenden war die Diskussion um das Regierungsprogramm 2002-2006, das unter der Leitung von CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und CSU-Landesgruppenchef im Deutschen Bundestag Michael Glos erstellt und der Öffentlichkeit am 6. Mai vorgestellt wurde. Es habe eine breite Zustimmung für das erarbeitete Programm gegeben, stellte CDU-Par-

teivorsitzende Angela Merkel am Ende der zweitägigen Sitzung zufrieden fest.

In Anbetracht weiterhin anhaltender schlechter Arbeitsmarktdaten standen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen im Mittelpunkt der Gespräche. Ziel sei es, schon 2003 das wirtschaftliche Wachstum in Gang zu bringen und eine positive Wende auf dem Arbeitsmarkt mit mehr Beschäftigung einzuleiten. Danach solle es eine Steuerreform mit einfacheren und effizienteren Regeln sowie mit einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent und ei-

nem Spitzensatz von unter 40 Prozent geben. Bisher seien in Deutschland 2,3 bis 2,6 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr nötig, bevor überhaupt ein Unternehmer anfangen, neue Leute einzustellen. „Ich möchte zu einem Punkt kommen, bei dem bereits bei 1,5 Prozent wie in anderen europäischen Ländern neue Arbeitsplätze entstehen“, sagte Merkel: „Das schaffen wir nur, indem wir Einstellungs Hindernisse und Bürokratie zurückdrängen und damit den Unternehmern, insbesondere dem Mittelstand, Mut machen.“

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Einseitigkeit würde dem DGB schaden

DIE WELT: Die SPD nominiert am Sonntag den Spitzkandidaten für die Bundestagswahl. Gerhard Schröder steht im persönlichen Vergleich mit Edmund Stoiber gut da. Wie reagieren Sie darauf?

Laurenz Meyer: In den Kompetenzwerten liegt Stoiber eindeutig vorne. Und im übrigen, eine SPD, die programmatisch weit gehend entkernt ist, mag sich zwar um die Sympathiewerte des Kanzlers scharen. Aber die Wähler erwarten mehr als Personality. Angesichts der Dürftigkeit der SPD-Inhalte reichen die Sympathiewerte für den Kanzler nicht aus. Die SPD-Basis lässt sich damit nämlich nicht motivieren, und weil Schröder das weiß, gefällt er sich in plumphen Angriffen auf den politischen Gegner. Die SPD hat gegen Stoiber von Beginn an mit Verleumdungen gearbeitet und versucht, ihn in eine rechte Ecke zu stellen. Zudem behauptet die SPD, die Union wolle das Rentenalter erhöhen und den Kündigungsschutz abschaffen. Beides ist gelogen.

DIE WELT: Die Verortung Stoibers als „rechts“ scheint zu funktionieren. Laut Forsa

stufen 63 % Schröder, aber nur 44 % Stoiber in der politischen Mitte ein.

Meyer: Umfragen von Forsa nehme ich nicht ernst. Forsa ist auf Grund ihrer Nähe zur SPD eher ein SPD-Wahlkampfinstrument als ein Meinungsforschungsinstitut. Unstrittig ist, dass die Menschen sehen, dass die Union für Leistung und Sicherheit stehen. Sonst würden wir nicht in allen Umfragen so deutlich vorne liegen.

DIE WELT: 1998 haben sich die Gewerkschaften für die SPD ins Zeug geworfen. Wiederholt sich das?

Meyer: Wir sind es, die eine breite Arbeitnehmerschaft mitnehmen wollen auf dem Weg zu mehr Arbeitsplätzen und mehr Wirtschaftswachstum. Darum wären die Gewerkschaften schlecht beraten, sich erneut einseitig auf die Seite von Rot-Grün zu schlagen.

DIE WELT: Klingt, als hätten Sie Angst vor dem DGB.

Meyer: Der DGB muss doch auch über den 22. September hinaus gesprächsfähig bleiben. Sollte er erneut eine solch einseitige Positionierung wie 1998 wagen, wäre die Gefahr für dessen Glaubwürdigkeit größer als die

Auswirkungen für die Union. Immerhin sagen über 80 % der Deutschen, dass die soziale Kluft unter Schröder größer geworden ist.

DIE WELT: Die Kampa wird Sie nicht um Tipps bitten, aber wir können das ja tun: Was würden Sie in der SPD-Strategie ändern?

Meyer: Mir scheint die Kampa auf dem Stand von 1998 stehen geblieben zu sein. Ich möchte in der Haut des Kollegen Franz Müntefering nicht stecken. Er versucht, eine Partei zu verkaufen, die keine Ideen und keine Angebote hat. Und jetzt schaltet die SPD Anzeigen unter dem Slogan „Wir tun was für Deutschland“. Erneut werden hier zehn Versprechen formuliert: für mehr Beschäftigung, mehr Aufbau Ost, mehr Steuerensenkungen und so weiter. Wenn wir uns erinnern, was aus den Versprechungen des Jahres 1998 geworden ist, insbesondere der angekündigten Senkung der Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen, dann wundere ich mich über eine solche Kombination von Einfallsllosigkeit und Platttheit.

Aus: DIE WELT vom 31. Mai (gekürzte Fassung)

ANNETTE WIDMANN-MAUZ::

Eigentor für Künast

Zu dem Skandal um das Unkrautvernichtungsmittel Nitrofen in Geflügelprodukten aus Öko-Landbau erklärt die Verbraucher-schutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



Der Bumerang kommt zurück. Nachdem Verbraucherschutzministerin Künast monatelang die konventionelle Methode der Lebensmittelerzeugung schlechtgemacht und den Ökolandbau mit aller Macht voranzutreiben versucht hat, muss sie nun eingestehen: Auch der Ökolandbau ist kein Garant für sichere Lebensmittel, und sie selbst keine Garantin für Vorsorge in Sachen Futtermittel- und Lebensmittelkontrolle.

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) hat seine Koordinierungsfunktion wieder nicht erfüllt, das angebliche Schnellwarnsystem von Frau Künast wieder versagt. Denn nicht ein-

mal in ihrem originären Verantwortungsbereich der zu ihrem Geschäftsbereich gehörigen Forschungseinrichtungen klappt der Informationsfluss.

Es ist ungeheuerlich, dass das BMVEL erst Ende Mai von den Vorgängen erfahren hat und reagiert. Denn die Bundesanstalt für Fleischforschung, die dem BMVEL nachgeordnet ist, hat schon im März die Nitrofen-Rückstände in Fleisch- und Futterproben bestätigt. Auch wenn dies damals für einen Einzelfall gehalten wurde, hätte dies dem BMVEL mitgeteilt werden müssen, damit es die anderen Bundesländer über diesen Sachverhalt hätte informieren und zu weiteren Kontrollen aufordern können.

Noch immer nimmt Frau Künast den vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutz nicht ernst. Aber die Luft wird dünn, denn auch mit ideologischen Anpreisungen kann Künast Menschen nun nicht mehr gewinnen.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Riester enttäuscht das Volk

Erklärung des sozialpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Äußerungen des Bundesarbeitsministers Walter Riester in der Süddeutschen Zeitung vom 25. Mai, der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber wolle Rente erst mit 70 und zudem eine erhebliche Renten kürzung:

Richtig ist, dass die Union die Staatsquote auf unter 40% senken will. Dies ist auch möglich und notwendig, um die Handlungsspielräume von Arbeitgebern und Beschäftigten zu stärken. So zeigen die Erfahrungen der unionsgeführten Bundesregierung in den Jahren 1982 bis 1989, dass eine Senkung der Staatsquote möglich ist, ohne dass das vom Bundesarbeitsminister prognostizierte Schreckgespenst einer Kürzung der Rente eintritt.

Im Gegenteil: Von 1982 bis 1989 sank die Staatsquote in Deutschland von über 50% auf 45,3%. Im gleichen Zeitraum stieg das Nettorentenniveau von 69,9% auf 70,7% und die

tatsächliche durchschnittliche Altersrente von DM 1352,- 1982 auf DM 1667,- 1989. Fakt ist also: Trotz der Senkung der Staatsquote sind die Renten gestiegen und das Rentenniveau hat sich erhöht.



Unseriöse Zahlenspiele bei der SPD

Die Zahlenspiele Riesters unterstellen, dass auch künftig kein strukturelles Wachstum möglich ist und die Arbeitslosenzahl auf dem von Rot-Grün erreichten Level bleibt. Wenn man also weiterhin so erfolglos Politik betriebe, wie dies die derzeitige Bundesregierung tut, dann könnte tatsächlich eine Senkung der Staatsquote nur mittels Einsparungen erreicht werden. Das Regierungsprogramm von CDU und CSU macht aber deutlich, dass und wie Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum erzielt werden kann:

- Eine Steuerreform, die diesen Namen verdient,
- eine Mittelstandspolitik, die den kleinen und mittleren Unternehmen die gleichen Vorteile verschafft wie sie den Großunternehmen von Rot-Grün gewährt wurden
- eine Arbeitsmarktpolitik, die Anreize für Arbeit

im ersten Arbeitsmarkt schafft, statt nur Warteschleifen bei der Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren, wird die Union Wachstum und Beschäftigung kreieren.

Wirtschaftliches Wachstum bedeutet aber, dass die Ausgaben für Soziales in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt sinken, ohne dass Kürzungen und Einschnitte vonnöten sind. 1 % Wachstum bedeuten 5 Mrd. Euro Mehreinnahmen, und 100.000 Arbeitslose weniger bedeuten 1,2 Mrd. Euro weniger Ausgaben. Hieraus finanziert sich die Absenkung der Staatsquote, nicht aus Einschnitten bei den sozialen Leistungen. Rot-Grüne Politik bedeuten dagegen 4 Millionen Arbeitslose und Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe.

Dies weiß natürlich auch der Bundesarbeitsminister. Er versucht trotzdem wider besseres Wissen, durch falsche Behauptungen das Regierungsprogramm von

CDU und CSU zu diskreditieren. Dies zeigt, dass die Bundesregierung keine eigenen Erfolge ihrer Regierungspolitik vorweisen kann und statt dessen bei unseriösen Zahlenspielen Zuflucht sucht. Dieser Versuch muss in Anbetracht der Fakten scheitern.

Dreister Vorwurf

Eine Frechheit ist es aber, wenn der Bundesarbeitsminister der Union Pläne zur Kürzung des Arbeitslosengeldes unterstellen will. Im Regierungsprogramm ist dazu nichts zu finden. Vielmehr hat sich der Kanzlerkandidat der Union ausdrücklich gegen die Pläne des Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, Gester, ausgesprochen, die Bezugdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose zu verkürzen. Wenn gleichzeitig in der BILD-Zeitung Pläne seines Kabinettskollegen Eichel hinsichtlich Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe bekannt werden, kann der Vorwurf des Bundesarbeitsministers nur als dreist bezeichnet werden.

[http://](http://www.cducusu.de)

Weitere Informationen unter: www.cducusu.de

Scharping leidet unter Realitätsverlust

Zur Einschätzung des Bundesverteidigungsministers, die Bundeswehrreform sei eine Erfolgsgeschichte, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, sowie der sicherheitspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Christian Schmidt:

Scharpings Ausführungen, die Bundeswehrreform sei eine Erfolgsgeschichte, sind unglaublich: Der Bundesverteidigungsminister leidet unter Realitätsverlust.

Fakt ist: Die Bundeswehrreform ist kläglich gescheitert. Die großspurigen Ankündigungen Scharpings haben sich in Luft aufgelöst. Die Truppe muss die verhängnisvollen Fehler des Ministers ausbaden.

Am Beispiel der Privatisierungsvorhaben zeigt sich, dass Scharping nur noch nach dem Prinzip Hoffnung verfährt. Die Liegenschaftsverkäufe sollten den Wehretat um 127 Millionen Euro verstärken. Das klägliche Ergebnis: 20 Millionen Euro. Die Verantwortung dafür versucht Scharping nun den Kommunen in die Schuhe zu

MATTHIAS WISSMANN:

Wirtschaftspolitik braucht Markt und Wettbewerb

Anlässlich der Veröffentlichung der „Initiative für Deutschland“ der 25 deutschen Top-Manager, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



Die führenden Köpfe der deutschen Wirtschaft haben der rot-grünen Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben, dass ohne ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft die großen Herausforderungen für mehr Wachstum und Beschäftigung nicht zu meistern sind.

Die Bilanz nach vier Jahren Rot-Grün heißt leider, dass keines der großen Themen wie etwa Arbeitsplätze, Bildung, Schule, Gesundheitswesen oder Renten von der rot-grünen Bundesregierung erkenn-

bar gelöst wurde.

Wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb.

Ohne einen fairen Wettbewerb um

die besten Ideen und die besten Köpfe werden die besten Antworten auf die drängenden Fragen nicht zu finden sein.

Die Union hat mit der Vorlage ihres Regierungsprogramms eine klare ordnungspolitische Richtung vorgegeben. Die Qualität einer mutigen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik darf nicht allein an konjunkturellen Momentaufnahmen und aktuellen Steuerschätzungen hängen. Sie zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie unabhängig von Wachstumsschwankungen in ihren Kernaussagen richtig und verlässlich bleibt.

schieben. Das ist unerträglich. Er allein ist Rechenschaft schuldig.

Der Bundeswehr fehlt in dessen das Geld für Investi-

tionen in die Modernisierung der Ausrüstung. Stattdessen heißt es in der Rüstungspolitik: Schieben, strecken, streichen.

UD

BODEN GUT gemacht hat bei den Führungskräften der deutschen Wirtschaft im Duell der Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber: 69 Prozent der Top-Manager würden heute den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten nach der Bundestagswahl lieber als Bundeskanzler sehen. 17 Prozent ziehen Amtsinhaber Schröder vor. Das ergab der Handelsblatt Business Monitor, eine vom Psephos-Institut erhobene Repräsentativumfrage im Mai.

DEN WECHSEL in Mecklenburg-Vorpommern wollen nach der jüngsten Emnid-Umfrage 58 Prozent der Wahlberechtigten im Land. Mit 41 Prozent liegt die CDU vor der SPD, die 30 Prozent erhalten würde. Die PDS erhielte 19 Prozent. Die FDP würde die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen.

HAMBURG will als erstes Bundesland flächendeckend überprüfen, wie viele Sozialhilfeempfänger ein Auto haben. Anika Wichert, Sprecherin der Sozialbehörde: „Nach dem Sozialhilfegesetz gehört zum notwendigen Lebensunterhalt nicht der Besitz eines Pkw.“ Ausnahmen: Behinderte und Mütter mit kleinen Kindern. Wer zu Unrecht ein Auto

habe, müsse das Fahrzeug verkaufen und Sozialhilfe zurückzahlen.

WERBUNG wird von deutschen Konsumenten immer kritischer wahrgenommen. Wie das aktuelle „Kommunikationsbarometer“ der Fachzeitschrift „Horizont“ zeigt, assoziieren 73 Prozent der Verbraucher mit Werbung negative Eigenschaften. Im Vorjahr waren es 68 Prozent. 81 Prozent vertreten indessen die Meinung, dass Werbebotschaften zum modernen Leben dazugehören.

BARGELDLOS kaufen wird in Deutschland immer beliebter. Wie der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels mitteilt, wurde im vergangenen Jahr ein Viertel aller Käufe „per Karte“ erledigt. Der Renner unter den Kartenzahlungen mit 58 Prozent: EC-Lastschriftverfahren – ec-Karte plus Unterschrift. Der Anteil handelseigener Kundenkarten stagnierte bei 1,4 Prozent.

JEDER DRITTE Deutsche hat noch nie in seinem Leben an einem Erste-Hilfe-Kurs teilgenommen. Das hat eine Studie der Universität Würzburg ergeben. Bei den anderen zwei Dritteln liegt

der Kurs oft mehr als 15 Jahre zurück. Unfallmediziner Professor Peter Sefrin: „Jedes Jahr sterben rund 800 Menschen im Straßenverkehr, weil ihnen nicht rechtzeitig geholfen wurde, obwohl potenzielle Helfer vor Ort waren.“

KEINE KONJUNKTUR-belebung sieht das deutsche Handwerk. Man rechne mit einem stärkeren Arbeitsplatzabbau als erwartet, da sich der Abschwung sich im ersten Quartal „auf breiter Front verstärkt habe, heißt es in dem aktuellsten Konjunkturbericht des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland seien die Geschäftslagebeurteilungen der Betriebe im ersten Quartal auf den tiefsten Stand seit Aufnahme der bundesweiten Konjunkturberichterstattung im Jahr 1992 gefallen. ZDH-Generalsekretär Hanns-Eberhard Schleyer sagte, dieses Jahr rechne das Handwerk „allenfalls mit einer schwarzen Null“ beim Branchenwachstum. Man müsse schon äußerst zuversichtlich sein, um überhaupt an ein Erreichen dieses in der vorausgegangenen Prognose genannten Ziels zu glauben.

Kostenlose Homepage für alle Verbände

Die CDU hat auch online die Nase vorn. Damit dies auch im anstehenden Wahlkampf so bleibt, gibt es die Möglichkeit einer kostenlosen Homepage für alle Verbände. Für die Zeit bis zum 22. September stellt die Bundesgeschäftsstelle in Kooperation mit der INTECH Media AG jedem CDU-Verband eine kostenlose Homepage zur Verfügung.

Die Seiten basieren auf einem einfachen Redaktionssystem, das eine Pflege auch ohne Programmierkenntnisse möglich macht. Um Ihrem Verband den Einstieg ins Internet zu erleichtern, gibt es für die kommenden vier Monate dieses kostenlose Angebot. Schon heute nutzen mehr als 300 Verbände und Kandidaten der CDU dieses System langfristig.

Der große Erfolg des Systems – bei der SPD beteiligen sich bisher lediglich 47 (!) Verbände am zentralen Angebot der Bundespartei – ist sicherlich mit den umfangreicheren Möglichkeiten des von der INTECH Media AG programmierten Systems zu erklären. Hier werden die Verbände nicht in feste Strukturen gepresst, sondern können ihre Auftritte individuell den Gege-

File Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

Zurück Vorwärts Abbrechen Aktualisieren Startseite Suchen Favoriten Verlauf E-Mail Drucken

Adresse <http://www.bad-schoenborn.cdu.de/> Wechseln zu Links

CDU

CDU Bad Schönborn online

Herzlich willkommen

Hier wollen wir Ihnen unsere Gemeinde- und Ortschaftsräte, unsere Arbeit, Aktionen und Ziele vorstellen.

Mit unserem Angebot informieren wir Sie über die politischen Themen, die die Menschen in Bad Schönborn und Umgebung bewegen.

Fragen Sie uns, sagen Sie uns Ihre Meinung! Auch wenn Sie unseren Rat und unsere Hilfe brauchen, sind wir gerne für Sie da. Denn wir interessieren uns für Sie, für Ihre Meinung zur Ortspolitik und wir sind dankbar für Ihre Anregungen.

CDU Die Baden-Württemberg-Partei

Fertig Internet

Start Post... NetWare... WG... S:UJ... Micr... CD... 13.02

benheiten vor Ort anpassen. Um dennoch ein einheitliches Design zu fördern, bietet die CDU acht verschiedene Muster-Layouts an, die von den Verbänden mit einem Mausclick übernommen werden können.

Das Wichtigste: Sie benötigen bei dem Angebot von INTECH keinerlei Programmierkenntnisse, um Ihre Homepage einzurichten und zu pflegen. PC-Grundkenntnisse sind völlig ausreichend. Die Seitenanzahl bestimmen Sie selbst. Haupt- und Unterseiten zusammengenommen kann Ihre Homepage dabei bis zu 60 Webseiten umfassen. Jede Seite kann mit beliebig vielen Texten und Bildern gefüllt werden. Sie haben also genug Raum, um Ihren Verband öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Ausführliche Besucherstatistiken geben Ihnen Aufschluss über den Erfolg Ihrer Homepage und Ihre E-Mail-Adresse macht Sie jederzeit online erreichbar. Mit der in Ihre Homepage integrierten Serienmail-Funktion können Sie außerdem auf Wunsch Hunderte von Empfängern gleichzeitig anschreiben.

Nach dem Wahltag können Sie das System selbstverständlich weiter nutzen. Für alle Verbände, auch für

Aktuelle Inhalte automatisch ■ Wichtig: Einen besonderen Service bietet das System noch nebenher. So werden auf zwei Seiten Ihres Angebotes stets automatisch aktuelle Inhalte eingepflegt, ohne dass Sie sich darum kümmern müssen. Ihr Landesverband und der Bundesverband pflegen jeweils eine Seite zentral in das System ein und sorgen so für stets aktuelle Inhalte auf Ihrer Verbandsseite. Auch dann, wenn Sie mal keine Zeit haben.

die mit bereits laufenden Verträgen, fallen dann lediglich Kosten von 99 Euro (incl. MwSt.) pro Jahr an.

Da gibt es nun wirklich keine Ausrede mehr, warum Ihr Verband nicht online gehen sollte. Wir erklären Ih-

nen telefonisch gerne die Details und sagen Ihnen, wie Sie im Netz sofort anfangen können.

■ **Rufen Sie uns an:**

Percy Ott, 030 – 220 70 494 oder Stefan Scholz, 030 – 220 70 373.

Referenzen ■ Über 300 CDU-Verbände und Kandidaten nutzen das System der INTECH Media AG bereits seit Monaten. Dass sich damit hervorragende Internetseiten gestalten lassen, sehen Sie unter anderem hier:

- CDU Lahn-Dill Kreis:
<http://www.lahndill.cdu.de>
- CDU Bad Schönborn:
<http://www.badschoenborn.cdu.de>
- CDU Stadtverband Coesfeld:
<http://www.cdu-coesfeld.de>
- CDU Ortsverband Zornheim:
<http://www.zornheim.cdu.de>
- CDU Rödermark:
<http://www.cdu-roedermark.de>
- Eberhard Gienger (WK 267)
<http://www.eberhard-gienger.cdu.de>
- Reinhard Göhner MdB
<http://www.goehner.cdu.de>
- Dieter Bischoff (WK 88)
<http://www.dieter-bischoff.de>

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

ÖKO-SKANDAL

Branche im Verruf

Nicht genug, dass offensichtlich einzelne Erzeuger die ganze Bio-Branche in Verruf bringen. Jetzt stellt sich auch noch heraus, dass die staatlichen Stellen es mit der Informationspflicht nicht so genau nehmen. Die Kontrollmechanismen funktionieren nach wie vor nicht. Daran hat auch die begonnene Umstrukturierung des Verbraucherschutzes nichts ändern können. Künast hat ihre nachgeordneten Behörden nicht im Griff. Das könnte sie sogar das Amt kosten.

Neue Presse (Hannover)

Laden nicht im Griff

Das ist der Gau, der größte anzunehmende Unfall für die Öko-Branche. Auch wenn das Ausmaß noch nicht bekannt und die Gefahr vielleicht geringer ist als zunächst befürchtet – das Vertrauen der Verbraucher in Bio-Lebensmittel ist

schwer geschädigt. Und Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast muss sich fragen lassen, wieso sie ihren Laden noch immer nicht voll im Griff hat: Wie konnte es geschehen, dass die Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach den Fund von Nitrofen in Putenfleisch im Januar nicht unverzüglich an das übergeordnete Verbraucherschutzministerium gemeldet hat? Schlendrian oder Organisationsfehler?

Lübecker Nachrichten

KASCHMIRKONFLIKT

Vernunft ausgeblendet

Das Säbelrasseln in Islamabad und Neu Delhi wird lauter, die Sprache nimmt an Schärfe zu. Beide Seiten sprechen von ihrem Gegenüber inzwischen ganz offen von Feinden. Verschließen ihre Ohren und blenden offensichtlich die Vernunft aus, wenn von internationaler Seite zur Mäßigung und Entspannung aufgerufen wird. Längst ist es zweitrangig ge-

worden, worin der Ursprung des gut 50 Jahre alten Kaschmir-Konfliktes lag. Für die gegenwärtige hochexplosive Lage, die die Briten zu wiederholten Warnungen vor einem Atomkrieg veranlasst, sind die Machthaber in Neu Delhi und Islamabad, Atal Behari Vajpayee und Pervez Musharraf, gleichermaßen verantwortlich. Beide versuchen, den Blick von innenpolitischen Problemen auf den außenpolitischen Schauplatz Kaschmir zu lenken.

Ruhr Nachrichten

Furcht vor Atomwaffen

Extremisten haben mit zwei Anschlägen innerhalb von fünf Monaten dafür gesorgt, dass sich die Welt vor dem ersten atomaren Krieg ihrer Geschichte fürchten muss. Für Indien scheint der Fall klar: Die Übergriffe müssen endlich gesühnt werden. Alternativen zu einem Krieg werden erst gar nicht diskutiert. Pakistans Militärmachthaber Musharraf und Indiens Premier Vajpayee sind innenpolitisch schwer unter Druck. Beide könnten

NEU

Gründungsjahr 1920

NPOST

SÜDKURIER

WIRTSCHAFTS

der Versuchung erliegen, durch einen erfolgreichen Waffengang ihr Profil zu schärfen. Die Kriegsgefahr wird konkreter. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass Atomwaffen im Spiel sind, vielleicht sogar förderlich: Die Welt ist genötigt, etwas zu unternehmen, die Streithähne zur Vernunft zu bringen. Bleibt zu hoffen, dass die diplomatischen Mittel ausreichen werden, den brüchigen Frieden in Zentralasien zu stabilisieren.

Fuldaer Zeitung

„TEURO“

Purer Aktionismus“

Rein rechtlich hat die Regierung auf die Preise keinen Einfluss. Rein statistisch rechtfertigt die offizielle Teuerungsrate den Gipfel auch nicht, denn die errechnete Preissteigerung gibt keinen Anlass zur Sorge. Aber Beispiele wie das Waldshuter zeigen, dass es die Schwarzen Schafe gibt. Der geplante Anti-Teuro-Gipfel kann den Verbrau-

chern vielleicht ihre Preiswächter-Funktion vermitteln, und dass es auch in ihrer Hand liegt, ob „Teuro“-Klagen angemessen sind. Und für Abzocker in Handel und Gastronomie mag es etwas peinlich sein, regierungsamtlich an den Pranger gestellt zu werden. Das könnte wirken. Ansonsten fällt der Gipfel unter die Rubrik Aktionismus.

Südkurier (Konstanz)

SCHRÖDER / DGB

Pfiffe für den Kanzler

Bei der Maikundgebung gab es Pfiffe für den Kanzler, beim DGB-Kongress höflichen Beifall. Der Euphorie des neuen Ober-Gewerkschafters Michael Sommer, Schröder „hat sich auf den Weg zu uns gemacht, und er hat uns gefunden“, fehlt anscheinend der Boden. Zu ausgeprägt war des Kanzlers Buhlen um die Gunst der „lieben Kollegen“. Zu aufgesetzt seine Kritik an der Union, die angeblich die Abrissbirne an die Grundmauern des Sozial-

staates legen will. Die Gewerkschaften wollen sich glücklicherweise fit für die Zukunft machen. Durch Kumpanei mit einer einzigen politischen Richtung wird ihnen das aber kaum gelingen. Da hilft kein vertrauliches Duzen und kein Verschweigen von Konflikten.

Westdeutsche Zeitung

Anbiederung Schröders

Die Anbiederung von Kanzler Schröder an die Gewerkschaften kennt kaum Grenzen. Beim Bundeskongress des DGB hat er sich den Arbeitnehmern als ihr nahezu uneingeschränkter Interessenwahrer angedient – von der vom DGB kritisch beurteilten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einmal abgesehen. Das Motto ist klar: Mit ihm wird es keine Abstriche an den sozialen Errungenschaften geben. Ob ein solches Versprechen zu finanzieren ist, spielt momentan keine Rolle – schließlich ist Wahlkampfzeit, und in der zählt die Glaubwürdigkeit nicht so viel.

Nordsee-Zeitung



„Lust auf Familie,
Lust auf
Verantwortung“

**Beschluss des
Kleinen Parteitags
am 13. 12. 1999**

Best.-Nr.: **5645**

50 Expl.: 20,50 €
(21,94 €)



Leporello „Familie“, „Andere Umstände

Best.-Nr.: **2879**

100 Expl.: 20,00 € (21,40 €)



**Plakat „Familie“
„Andere Umstände**

DIN A1

Best.-Nr.: **7877**

25 Expl.: 10,00 € (11,60 €)

CDU-Malblock DIN A4, 30 Blatt

„Wir malen uns die Welt, wie sie uns gefällt“

Best.-Nr.: **9878**

20 Expl.: 28,00 € (32,48 €)

**E.S.
ist soweit:**

Edmund Stoiber for Bundeskanzler.

**Postkarte „E. S.“ ist soweit:
Edmund Stoiber for Bundeskanzler**

100 Expl.

Best.-Nr.: **9884**

6,50 € (7,54 €)

Schröder ist schuld.

Postkarte

„Schröder ist Schuld“

100 Expl.

Best.-Nr.: **9885**

6,50 € (7,54 €)

**Wer die Qual hat,
hat die Wahl!**

Postkarte

„Wer die Qual hat, hat die Wahl!“

100 Expl.

Best.-Nr.: **9886**

6,50 € (7,54 €)

BESTELLANSCHRIFT

*Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de*

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Sonderausgabe zur Bundestagswahl 2002 „Abwärts“

Best.-Nr.: 2921

100 Expl.: 13,50 € (14,45 €)

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.